

Klimaschutzfonds Wedel e.V. – Galgenberg 77 – 22880 Wedel

Herrn
Bürgermeister Niels Schmidt
Rathausplatz 3-5
22880 Wedel

Privat
Michael Koehn
Galgenberg 77
22880 Wedel

Fon + 49 179 / 687 78 80
Fax + 49 4103 / 188 25 80
Email email@klimaschutzfonds-wedel.de

Wedel, 26. September 2019

Anregung nach §16e Gemeindeordnung Schleswig-Holstein

Gemeinsam eingereicht von

- **Klimaschutzfonds Wedel**
- **CDU-Fraktion im Wedeler Rat**
- **FDP Fraktion im Wedeler Rat**
- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Wedeler Rat**
- **Fraktion DIE LINKE im Wedeler Rat**
- **SPD-Fraktion im Wedeler Rat**
- **WSI-Fraktion im Wedeler Rat**

Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands unterstützen

Der Rat möge beschließen:

Die Stadt Wedel unterstützt die Resolution zur Ausrufung des „Klimanotstand“ (Climate Emergency), wie sie unten beschrieben ist. Die Begriffe „Climate Emergency“ bzw. „Klimanotstand“ sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.

Begründung:

Trotz weltweiter Mahnungen der Wissenschaft über Jahrzehnte, den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr um Jahr zu. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegen zu wirken, haben keinen Erfolg gezeigt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur auf dem Planeten Erde.

Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik zu effizienten und konsequenten Maßnahmen zu greifen, um die Katastrophe noch aufzuhalten. Weltweit haben Kommunen wie Los Angeles, Vancouver, London und Basel –und in Schleswig-Holstein Kiel– den Klimanotstand ausgerufen und damit ein Signal gesetzt:

Es ist Zeit zu handeln!



Resolution zur Ausrufung des „Klimanotstand“ (Climate Emergency)

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um mehr als 1 Grad Celsius gestiegen, u.a. weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete, auch in Deutschland, unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in Schleswig-Holstein wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft, Obstbau und Stadtklima von den Folgen direkt betroffen sein.

Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz- und Friedensproblem.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene griffige Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je, schnell zu handeln!

Die Stadt Wedel erklärt den Klimanotstand (Climate Emergency) und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität:

- Die Kommune wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und, wenn immer möglich, jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Die Kommune orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Die Stadt Wedel fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutz-Gesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.
- Die Stadt Wedel fordert, dass Bundes- und Landesregierung umfassend informieren über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden.

Diese Resolution wird vorbehaltlos unterstützt vom **Jugendbeirat**, der **Klimaschutz-Managerin**, dem **Seniorenbeirat** sowie dem **Umweltbeirat**.

Klimaschutzfonds Wedel e.V.

CDU-Fraktion

FDP Fraktion

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fraktion DIE LINKE

SPD-Fraktion

WSI-Fraktion